

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachamt: Dresden 1530, Nicolaistraße Nr. 22.

Nr. 249.

Dienstag, 24. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Frangiergeld, durch die Post seit Haus 180.— Mark. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr nachmittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 12.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Riese eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schätzbare Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Kleielieferung von Umlagegetreide betreffend.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über die Verwertung von Kleie vom 8. September 1922 — Reichsgesetzblatt Seite 735 ff. — und der dazu ergangenen Sächsischen Ausführungsverordnung vom 9. Oktober 1922 — Sächsische Staatszeitung Nr. 237 vom 10. Oktober 1922 — wird im Anschluß an Riffer 26 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 9. August 1922, Brot- und Mehlverfertigung im Erntejahr 1922/23 betr., für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der erdöberten Städte Großenhain und Riesa folgendes bestimmt:

1. Den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe, die im Wirtschaftsjahr 1922/23 Umlagegetreide abgeliefert haben, wird nach Maßgabe der Lieferuna Kleie im Verhältnis von 1 zu 10 zu dem abgelieferten Getreide angeboten und auf Verlangen geliefert.
2. Der Antrag auf Lieferung von Kleie ist mündlich oder schriftlich bei der Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes in Großenhain, Hindenburgstraße 34, zu stellen. Dem Antrag sind die Getreideablieferungsscheine beizufügen.
3. Die Anträge sind für das bis jetzt abgelieferte Getreide sofort, im übrigen innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Ablieferung des Getreides an die Wirtschaftsstelle zu richten.
4. Die Kleie wird den empfangsberechtigten Erzeugern bei einer für den Kommunalverband tätigen Mühle angewiesen werden. Etwas kleinere Mäntchen der Erzeuger hinsichtlich der Bezugsquelle der Kleie wird, soweit dies möglich ist, entsprochen werden.
5. Der Preis für die Kleie beträgt 60 vom Hundert des Preises für Roggen aus der Umlage, zuzüglich eines Aufschlags bis zu 10% dieses Preises zur Deckung der bei der Unterverteilung entstehenden Kosten.

Der hiernach sich errechnende endgültige Kleiepreis wird für jedes Drittel der Umlage besonders bekanntgegeben werden. Die Bekanntgabe des Preises für die Kleie aus dem ersten Drittel der Umlage wird erfolgen, sobald der Umlagepreis für dieses Drittel endgültig feststeht. Der Kommunalverband wird hierauf auch sofort mit der Ausschreibung der Kleiebezugscheine für das erste Drittel der Umlage beginnen.

6. Die Bezugscheine sind innerhalb der auf denselben vermerkten Fristen der Mühlen Stelle zur Verfertigung vorzulegen. Sollte die auf dem Schein angegebene liefernde Stelle den Schein nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist beliefern können, so ist dieser sofort nach Ablauf der Lieferfrist der Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes zwecks Verlängerung der Frist wieder vorzulegen.

Großenhain, am 21. Oktober 1922.
899 I. Der Kommunalverband.

Etwas größere Anträge sind an die Amtshauptmannschaft zu richten, die hierauf das Weitere in die Wege leiten wird.
Von der Festlegung fester Differenzpreise für Originalkommerzialgetreide ist zunächst abgesehen worden, da eine solche Regelung zur Zeit nicht tunlich erscheint.
Großenhain, am 20. Oktober 1922.
Der Kommunalverband. 651 I.

Gaspreiserhöhung.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab wird der Bezugspreis für 1 Kubikmeter Gas (durch Gasmeßer bezogen) auf 39 M. — und für Automaten gas auf 40 M. — erhöht. Die neuen Preise gelten ohne weiteres für alle Gasabnehmer, die nicht bis spätestens den 28. Oktober 1922 den Gasverbrauch einstellen und dies behufs Abperung der Verbrauchslieferung der Gaswerksverwaltung bis zu dem genannten Zeitpunkt schriftlich angezeigt haben.
Der Rat der Stadt Riesa, am 24. Oktober 1922. Ham.

Wahlausweise.

In den nächsten Tagen werden den Hausbesitzern beim. deren Stellvertretern dieser Stadt Wahlausweisenarten der in ihren Häusern wohnenden wahlberechtigten Personen ausgestellt werden. Wir bitten die Hausbesitzer beim. deren Stellvertreter, diese Wahlausweisenarten entgegenzunehmen und den auf der Wahlausweisearten verzeichneten Personen auszustellen. Sollten Personen aus dem betr. Grundstück verziehen sein, bitten wir die Wahlausweisenarten sofort im Rathaus, Einwohnermeldeamt, Zimmer Nr. 14, zurückzugeben. Die wahlberechtigten Personen selbst bitten wir, um das Wahlgeld zu erleichtern, diese Wahlausweisenarten zum Wahltag unbedingt mitzubringen. Die bei früheren Wahlen verwendeten Wahlausweisen sind ungültig.
Der Rat der Stadt Riesa, am 24. Oktober 1922. Die.

Aufruf!

Die Sozial- und Kleinrentner sowie die vollständig Unbemittelten unserer Stadt werden von der jetzt herrschenden Teuerung außerordentlich hart getroffen. Infolge der Finanznot des Reiches, des Staates und der Stadt kann diesen notleidenden Volksgenossen aus öffentlichen Mitteln nicht ausreichend geholfen werden. Es ist daher Pflicht der erwerbstätigen und begüterten Kreise der Stadt, zur Vinderung der Not unserer bedürftigen Mitmenschen nach Kräften beizutragen, damit sie im kommenden Winter vor der größten Not bewahrt werden können.
Wir richten daher an die Einwohnerschaft die herliche und dringende Bitte für die Sozial- und Kleinrentner sowie die vollständig Unbemittelten der Stadt Riesa Mittel und Gaben zur Verfügung zu stellen.
Jede Spende, sowohl in Geld wie in geeigneten Bedarfsartikeln, als Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, haltbare Lebensmittel, Heizmaterial usw., wird dankbar entgegen genommen und zwar Geldspenden in der Stadthauptkasse und Sachenspenden im Rathaus, Zimmer Nr. 10.
Der Rat der Stadt Riesa, den 23. Oktober 1922. Gfm.

Erfüllung der Getreideumlage durch Saatgutwirtschaften.

Auf Grund des § 20 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 — Reichsgesetzblatt I Seite 549 — hat sich der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft damit einverstanden erklärt, daß die Erzeuger, soweit sie nachweisen, daß sie unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Originalsaatgut von Wintergetreide abliefern müßten, um ihr Lieferloß zu erfüllen, sich von der Verpflichtung zur Lieferung von Originalwinterweizen durch Zahlung von 7500 M. für die Tonne, von Originalsaatgut des übrigen Wintergetreides durch Zahlung von je 7000 M. für die Tonne befreien können.

Eine neue Krise in Berlin.

Die Reichsregierung setzte Montag nachmittags die Besprechung der gesamten innen- und außenpolitischen Lage fort. Nach den Kabinetsberatungen empfing der Reichskanzler den Abgeordneten Stinnes zu einer längeren Unterredung über den zwischen Stinnes und Luberac abgeschlossenen Wiederaufbauvertrag. Um 6 Uhr begann dann die Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern. Der Kanzler machte längere Ausführungen über die allgemeine politische Situation und wies auf die außerordentliche Schwere der Lage hin. Er warf die Frage auf, ob Deutschland in seiner gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung noch in der Lage sein werde, Sachlieferungen in dem bisherigen Umfang zu leisten. Dr. Wirth sprach ferner mit harter Betonung von der Notwendigkeit einer Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes. Die anschließend an die Ausführungen des Reichskanzlers stattfindende Aussprache der Parteiführer drehte sich vor allem um die Frage des Devisenverkehrs. Einig war man sich darin, daß eine Umänderung der Devisenordnung erfolgen müsse. Auch der Reichsbankpräsident Cavenhaue erklärte laut „Tageblatt“ die Durchführung der Verordnung für technisch unmöglich. Es wurde schließlich beschlossen, eine besondere Kommission für die Frage des Devisenverkehrs zu bilden. Ueber die Getreideumlage wurde in den gestrigen interfraktionellen Beratungen nicht gesprochen. Die Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern soll heute fortgesetzt werden. — Die „Vossische Zeitung“ glaubt an den Erläuterungen des Reichskanzlers an die Parteiführer herauszulesen zu können, daß der Reichstag bald vor wichtige politische Entscheidungen gestellt werden werden.

Im Gegensatz hierzu wird gemeldet, daß die Sozialdemokraten in der Frage des Umlagegetreidepreises in ihrer ablehnenden Haltung beharren und der „Vormärts“ weiß folgendes zu berichten: Gegen Abend traten die Vertreter der sozialistischen Reichstagsfraktion und die der Arbeitsgemeinschaft der Mitte zu einer Besprechung zusammen, in der starke Meinungsverschiedenheiten zutage traten. Die Besprechung soll im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden. Mittlerweile tagte gestern Abend bis in die Nachtstunden die sozialistische Reichstagsfraktion. Sie billigte einstimmig den bisher von ihren Vertretern eingenommenen Standpunkt.

Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorzulegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll.

Die Verhandlungen in der Reparationskommission.

Habas zufolge führte die Reparationskommission Montag nachmittags in offizieller Sitzung die Verhandlungen über das englische und das französische Memorandum, insbesondere über die Vorschläge Barthous zur Kontrolle der deutschen Finanzen fort. Nach Angaben des „Temps“ hat es den Anschein, als ob Bradbury, wenn er auch ein zweifelhaftes Moratorium für unerlässlich erachte, sich der Auffassung Frankreichs hinsichtlich der scharfen und sofort durchzuführenden Kontrolle angeschlossen habe. Wie weiter aus Paris gemeldet wird, beriet die Reparationskommission gestern in halbamtlicher Sitzung den französischen Vorschlag betreffend Einführung einer Kontrolle über die deutschen Finanzen. Barthou verteidigte die französischen Vorschläge und antwortete auf sachliche Einwände Bradburys. Die Reparationskommission wird heute über Maßnahmen beraten, die geeignet sind, den Sturz der Mark aufzuhalten.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, in der Reparationskommission sei eine große Schacht über die einander widerstrebenden Pläne Barthous und Bradburys im Gange. Der britische Abgeordnete verheimlicht nicht seine feste Überzeugung, daß, wenn nicht irgend eine entscheidende Aktion auf der von ihm angegebenen Grundlage unternommen werde, der Ruin bald erfolgen würde, und es würde nicht mehr länger eine Reparationsfrage geben, sondern wie im Falle Österreich nur noch die Frage, was die Alliierten im eigenen Interesse und im Interesse des Allgemeinwohls Europas opfern müßten bei der Aufgabe, Deutschland zu retten. Bradbury habe in einer längeren Erklärung auf

einer nichtamtlichen Zusammenkunft am Sonnabend der Kommission Rat gemacht, daß keine Zeit verloren werden dürfe für die Ergreifung praktischer Maßnahmen, wenn diese nicht zu spät kommen sollen. Der französische Plan scheint das Problem beiseite stellen zu wollen. Nach Ansicht der Engländer würde jeder Versuch einer Kontrolle der deutschen Finanzen den Zusammenbruch nur bedeuten. Dem Berichterstatter zufolge fehlt es nicht an Anzeichen, daß sowohl Belgier als auch Italiener der französischen Auffassung stark zuneigen. Auf der Sitzung am Sonnabend ist der Hauptpunkt der Ausführungen Bradburys gewesen, daß einer Errichtung der von den Franzosen angebotenen Kontrollmaßnahmen juristische Schwierigkeiten entgegenstünden, da die Befugnisse der Reparationskommission und des Garantekomitees streng beschränkt seien. In der Kammernote zum Versailler Vertrag werde ausdrücklich erklärt, daß sich die Kommission nicht in die innere Verwaltung Deutschlands einzumischen könne, und der Beschluß der Alliierten vom 5. Mai 1920 scheine diese Auslegung der alliierten Vollmachten zu bestätigen. Es sei wahrscheinlich, daß, wenn der französische Standpunkt siege, die britische Delegation die Verantwortung für die von ihr nicht gebilligten Maßnahmen ablehnen werde. Das würde zu einer Schwächung der Stellung des Garanteausschusses führen.

Die Lage in England.

Aus London wird gemeldet: Die für gestern einberufene Konferenz der unionistischen Partei wählte Bonar Law zu ihrem Führer. Infolgedessen nimmt Bonar Law die Wahl zum Premierminister formell an. Seine Politik legte er nur kurz dar. Als führende Punkte bezeichnete er: Weniger Abenteuer in den verschiedenen Teilen der Welt, eine stetige Regierung, größerer Zusammenwirken mit den Alliierten. Law sagte noch, anscheinend bejahend auf die Tarif-Reform: Es sei jetzt nicht an der Zeit, große Pläne vorzubringen, die für das Reich förderlich sein könnten, wenn sie ihm auch noch so sehr am Herzen lägen. Man müsse eine Periode der Ruhe abwarten. — In der Konferenz nahm keiner der unionistischen Führer, die Lloyd George unterstützten hatten, teil. Bonar Law erklärte, die Unionisten hätten sehr gute Aussicht, bei den nächsten Wahlen eine beträchtliche Mehrheit davon zu tragen. „Star“ zufolge geht in politischen Kreisen das Gerücht, daß Law endgültig beschlossen habe, die Wahlen am 15. November stattfinden zu lassen. Der König empfing gestern Law, der den Auftrag zum Kabinettsbildung formell übernahm. Weiter zufolge hat Law dem König geraten, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung werde voraussichtlich am Donnerstag verkündet werden.

Die 14 Punkte der türkischen Nationalisten.

Nach dem Konstantinopeler Berichterstatter der „Chicago Tribune“ werden die türkischen Nationalisten sich bemühen, folgende 14 Punkte auf die Tagesordnung der Orient-Friedenskonferenz zu bringen: 1. Dardanellen und Bosphorus, 2. Konstantinopel, 3. Kapitulationen,

4. Austausch von Minderheiten zwischen Griechenland und der Türkei, 5. türkische Gebiete im Irak, 6. völkische Unabhängigkeit der arabischen Staaten, 7. Bagdadbahn, 8. Autonomie von Mesopotamien mit Freiheiten für Serbien und Autonomie oder Einverleibung von Westsibirien mit Debeagisch als Freigebiet, 9. die Frage von Demotika und Debeagisch als Teil von Osttrazien, 10. die Inseln an der anatolischen Küste einschließlich des Dodekanes, 11. Kontrolle der türkischen öffentlichen Schuld, 12. Reparationen, 13. Ratifikation, 14. Rückzahlung der vier türkischen Dreadnoughts, die vor dem Eintritt der Türkei in den Krieg von England erworben wurden.

Von der internationalen Arbeitskonferenz.

Die gestrige Plenarsitzung der internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Generalbericht von Albert Thomas war vor allem die Frage des Achtstundentages gewidmet. Der tschechoslowakische Regierungsvertreter Stern wies darauf hin, daß seine Regierung das Abkommen über den Achtstundentag nicht nur ratifiziert habe, sondern es auch streng anwende. Der italienische Arbeiterdelegierte d'Alagona stellte fest, daß, obwohl die italienische Regierung das Abkommen noch nicht ratifiziert habe, der Achtstundentag doch dank der Initiative der Arbeiter-Organisationen fast überall in Italien in Kraft sei. Der englische Arbeiterdelegierte Boulton trat lebhaft für die allgemeine Durchführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ein. Der schweizerische Arbeitervertreter Schürch führte Klage gegen die feindselige Haltung schweizerischer Arbeitgeber gegen den Achtstundentag, die dazu geführt habe, daß die schweizerische Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens empfehle.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Oktober.

Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, welche angeht das Vorgehen der Rheinlandkommission im Falle eines Zweites der Reichsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß das von der Kommission ausgesprochene Verbot aufgehoben und die deutsche Rechtsprechung im besetzten Gebiet sukzessive vor Störung und Vergewaltigung geschützt wird.

Abg. Solmann (Soz.) bezeichnet es in der Begründung als unerhört, wenn die Ehre der deutschen Republik und ihrer Vertreter schuldig einem Zeitungsmanne preisgegeben sei, der über einen Schutzbrief der Besatzungsmächte verfüge. Abg. Dr. Dauscher (Z.) nennt die Zustände im besetzten Gebiet aller Kultur und allen Rechtsbegriffen hobnsparend. Die rheinische Bevölkerung erhebt vor der gesamten Kulturwelt lauten und feierlichen Protest gegen die Willkürherrschaft der Rheinlandkommission.

Abg. Dr. Woldenbauer (D.Vp.) schließt sich dem an. Angesichts der Förderung aller Hochverräter durch die Kommission könne man die französischen Versicherungen nicht mehr ernst nehmen, daß Frankreich nicht die Loslösung der Rheinlande erstrebe.

Abg. Dr. Rumm begründet die Einheitsfront in dieser Frage mit großer Freude. Möge sie sich auch bei der Abwehr der uns angelegenen Finanzklavere bewähren.

Abg. Erxleben (Dem.) bezeichnet die Entscheidung der Rheinlandkommission als einen glatten Rechtsbruch aus politischen Gründen und einen Schlag ins Gesicht für die rheinischen Richter. Die ganze Welt sei jetzt darüber aufgebracht, daß die rheinische Separatistenbewegung nur unter dem Schutz französischer Bajonette gedeihen könne. Die rheinische Bevölkerung wende sich mit größter Verachtung von den Väterlandsverrätern ab.

Abg. Deerman (Vagr. Volksp.) Je mehr die rheinische Bevölkerung bedrückt wird, um so lauter wird in ihren Herzen der Ruf hallen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Reichskanzler Dr. Wirth.

Auch die Regierung betrachtet die Entscheidung der Rheinlandkommission als schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Rechtsprechung, der nicht widerstandslos hingenommen werden kann. Durch diese Entscheidung wird die Ehre des Reichspräsidenten auf deutschem Boden preisgegeben. Es wäre eine Rückkehr zur Kabinettsjustiz vergangener Jahrhunderte, wenn eine politische Körperlichkeit das Urteil eines unabhängigen Gerichts annullieren könnte. Die Reichsregierung hat bei den Regierungen der alliierten Mächte nachdrückliche Vorstellungen gegen die Entscheidung der Rheinlandkommission erhoben und darauf hingewiesen, daß sich der Reichspräsident dadurch nicht nur in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt, sondern auch als Staatsbürger verletzt fühle. Ebenso wurde Einspruch erhoben gegen die Verleumdung der Richter, welche in der Entscheidung der Kommission liegt. Eine Antwort der alliierten Regierungen steht noch aus.

Ein kommunistischer Antrag auf Verprechung der Interpellation findet keine Unterstützung. Angenommen werden sodann die Novellen zum Reichs-

wahlgesetz, wonach die Stimmzettel auch die Verteilungsberechnung enthalten dürfen, und ebenso die Abgabenordnung über den Kaiser-Wilhelm-Kanal in allen drei Lesungen.

Es folgt die zweite Beratung der Ergänzung des Besoldungsgesetzes und des vierten Nachtragsetzes.

Nach längerer unwesentlicher Debatte wird in der Frage der Ordinalstrafe die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Am nächsten wird die Vorlage nach dem Beschluß des Ausschusses angenommen. Angenommen wird weiter eine Entschädigung, wonach bei der Aufhebung der Besoldung die Beamten in den Grenzgebieten besonders berücksichtigt werden sollen. Die Vorlage wird sodann auch in dritter Lesung angenommen und hierauf die am Sonnabend abgebrochene Debatte über die Angestelltenversicherung fortgesetzt.

Abg. Siebel (Soz.) beantragt, über die Aufhebung der Besoldungsgrenze und über den Antrag, daß zwei Drittel der Beiträge vom Arbeitgeber zu leisten sind, namentlich die Abtünnung.

Antrag Teusch (A.) auf Wiederherstellung der Besoldungsgrenze wird mit 178 gegen 164 Stimmen angenommen. Demgemäß legt der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats die Jahresarbeitsverleumdungskasse fest. Angenommen wird weiter ein Antrag der Volkspartei, wonach weiblichen Mitaliefern bei ihrer Verbeiratung die Hälfte der einzahlenden Beiträge zurückerstattet wird.

Ein Antrag Teusch (Z.) auf lebenslängliche Anstellung der Direktoren und höheren Beamten wird mit 230 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Die Mitglieder des Direktoriums werden somit auf höchstens 12 Jahre vom Reichspräsidenten ernannt, während die sonstigen Beamten des höheren Dienstes lebenslänglich angestellt werden.

Antrag Siebel (Soz.), dem Arbeitgeber zwei Drittel der Beiträge aufzuerlegen, wird mit 202 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Ein vorkommender Antrag, das Gesetz am 1. Novbr. in Kraft treten zu lassen, wird angenommen.

Die endgültige Abstimmung erfolgt in der dritten Lesung. Sodann wird die zweite Beratung des Gesetzes über Veränderung der Lohnveränderungsgrenze mit der Maßgabe erledigt, daß die Pflanzungsgrenze bei 120.000 Mark bestehen bleibt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Getreidenulage.

Nach den Ausschlußbeschlüssen beträgt der Preis für das erste Drittel der Umlage für Roggen 28.300 M., für Weizen 30.300 M., für Gerste 27.000 M., für Hafer 25.500 M. je Tonne. Das zweite und dritte Drittel der Umlage soll anfangs in zwei Rufen in vier Rufen geteilt werden.

Abg. Raebler (Soz.) beantragt eine Entschädigung, wonach die Regierung sofort restlos die wichtigsten Nahrungsmittel in den Händen der Erzeuger erwischen soll.

Abg. Demeter (Nat.) begründet einen Antrag, wonach nicht nur Originalsaatgut, sondern auch anerkanntes Saatgut von der Umlage freibleiben soll.

Reichsernährungsminister Feiler unterstützt diesen Antrag, soweit das Saatgut für die Frühjahrsbestellung in Frage kommt.

Abg. Roeten (Komm.) beantragt, die Umlage auf 4 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen, den Umlagepreis nicht zu steigern, vielmehr für das ganze Jahr festzusetzen.

Antrag Demeter wird sodann mit der ihm vom Minister Feiler genehmigten Einschränkung angenommen und die Vorlage sodann in der Ausschlußfassung unter Ablehnung aller übrigen Anträge angenommen. Auch den Ausschluß-Entscheidungen stimmt das Haus zu, jedoch dagegen die Entschädigung der Sozialdemokraten auf Erlassung der wichtigsten Nahrungsmittel bei den Erzeugern ab.

Nachdem das Gesetz über Lohnveränderung dann auch noch in dritter Lesung angenommen ist, verlegt sich das Haus auf Dienstag vormittag 11 Uhr (Anfragen und Interpellationen, dritte Lesungen, darunter auch die Getreidenulage). Schluß 1/2 9 Uhr.

Engesgeschichte.

Deutsches Reich.

Internationaler Freihandelskongress. Am Montag begann der vom Deutschen Freihandelsbund in Gemeinschaft mit dem englischen Cobden-Klub veranstaltete Internationale Freihandelskongress in Frankfurt a. M. Am ersten Tage der Beratungen wurden Fragen der allgemeinen Finanz- und Währungsökonomie behandelt. Der zweite Tag der Verhandlungen wird durch Vorträge über die Handelspolitik ausgefüllt. Am dritten Tag wird die Produktionspolitik behandelt.

Infolge der Verbriefung des Preises des Umlagegetreides unterbreitete der Zweckverband der Bäckermeister Berlins einen Beschluß, der eine Verdoppelung des Marktpreispreises vorsehe. Dem Erklärungsanspruch des Marktrats. Der neue Marktpreis soll bereits in nächster Woche in Kraft treten. Für marktsichere Backware wurde der Preis vom Zweckverband der Bäckermeister mit Wirkung

von Montag folgendermaßen festgesetzt: Brot: 1150 Gramm schwer, 200 M., die Schrippe 8 M. In der kommenden Woche dürfte der Preis weiter erhöht werden. Der Preis für freies Mehl liegt an der gestrigen Frühbörse von 28.000 auf 28.000 M. pro Doppelzentner.

Der Staatsgerichtshof gegen Warrers Traub. Wie gemeldet wird, ist vom Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gegen Warrers Traub ein Verfahren wegen Verletzung des Reichspräsidenten eingeleitet worden.

In der Hauptversammlung der Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten, in der Oberingenieur, Ingenieur, Werkstättenarbeiter, Rottenführer, Werkführer, Wagenführer, technische Obersekretäre usw. zusammengekommen sind, und die sich nach dem Eisenbahnerstreik von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter abgetrennt hat, wurde Sonntag beschlossen, sich auf den Boden parteipolitisch und religionslos zu stellen und den Anschluss an den Deutschen Beamtenbund zu vollziehen.

Der Steuerantrag des Reichstags belagte sich mit der Frage der Aufhebung der Einkommensteuer. Ministerialdirektor Dr. Wapf wandte sich dagegen, daß Einkommensteuer fortgesetzt zu werden. Auf keinen Fall könne sich die Regierung mit einer gänzlichen Befreiung der Angestellten aus von der allgemeinen Umlagesteuer einverstanden erklären.

Leberstundentzeit der Bankangestellten. Die Hamburger Bankangestellten traten gestern nachmittag in einen Leberstundentzeit ein, um eine Aufbesserung der Oktobergehälter über den Schiedspruch hinaus zu erzwingen. Der Streikparade wird von dem früheren Teile der Angestellten Folge geleistet. Trotz der Schwierigkeiten bleiben die Banken bemüht, solange als möglich ihre Büros für den Verkehr offen zu halten. Sie lehnen jedoch bis auf weiteres Giroüberweisungen unter 100.000 Mark ab.

Die französischen Besatzungsbehörden haben den Angehörigen der am 12. Juni dieses Jahres von einem afrikanischen Soldaten der französischen Wehrmacht ermordeten Frida Guckes aus Idstein im Taunus eine vorläufige Entschädigung von 60.000 Mark überweisen lassen.

Ruhegehalt für den Reichspräsidenten. Der Reichsrat beschloß die Gewährung eines Ruhegehalts für den Reichspräsidenten und zwar in dem ersten Jahre nach seinem Ausscheiden, dem sogenannten Ueberangabjahr, dreiviertel seiner Bezüge mit Ausnahme der Repräsentationsgelder, weiterhin die Hälfte seiner Bezüge. Die Bezüge der Hinterbliebenen werden nach dem Beamtenhinterbliebenengesetz geregelt.

11. Evangelisch-lutherische Landesynode.

In ihrer heutigen 50. Sitzung erledigte die Landesynode eine Reihe von Finanzfragen. Ein Gesuch der Schwarzburger Konferenz, in solchen Fällen, in denen keine Kirchensteuern bezahlt werden, weil das Familienhaupt aus der Kirche ausgetreten ist, erhöhte Gebühren zur Kirchkasse zu erheben, wenn trotzdem kirchliche Amtshandlungen begeht werden, wird dem Kirchenregiment als Material überwiesen.

Längere Beratungen verursachte die Forderung des Landesvereins der kirchenmusikalischen Beamten Sachsens und des Kirchenchorverbandes der Landeskirche auf Veränderung des letzten zur Regelung ihrer Anstellungsverhältnisse erlassenen Kirchengesetzes vom 1. April ds. J. und auf Erhöhung ihrer Bezüge. Das Gesuch wird abgelehnt. In der Begründung wird u. a. angeführt, daß im gegenwärtigen Augenblicke, wo die Kirche um ihre Existenz ringt, wo mancher Warrer monatlich nicht mehr als 10.000 Mark Gehalt bezieht, wo ferner die Kosten für den kirchenmusikalischen Dienst manchmal den Betrag der Kirchensteuern um das Doppelte übersteigen, eine Berücksichtigung der Wünsche unmöglich sei. In der Aussprache stellten u. a. Syn. Kantor Dankstädt-Burkhard die Bereitwilligkeit der Synode fest, soweit es die Finanzlage der Kirche gestattet, die Bezahlung der kirchenmusikalischen Beamten festzusetzen. Auch jetzt schon versuchte eine Reihe kirchenmusikalischer Beamten auf einen Teil ihres Gehaltes, weil sie die Not ihrer Kirchengemeinden sähen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß wieder bessere Zeiten kommen, die eine Bewilligung dieser Wünsche zulassen. Mit diesem Beschluß der Synode werden zugleich die diesbezüglichen Beschlüsse der Stralauer und Annaberger Pastoralkonferenzen für erledigt erklärt.

Ueber die Notlage der geistlichen Ruhestandsler, sowie deren Witwen und Waisen lag ein Antrag des Finanzausschusses vor, über welchen Oberkirchenrat Thomas-Schneeberg berichtete. Es wurde diesem Antrag gemäß beschlossen, die betr. Wünsche durch die inzwischen erfolgten Maßnahmen als erledigt zu bezeichnen. Im Bericht wurde allerdings mit Bedauern festgestellt, daß die Staatsregierung die erforderlichen Mittel hierfür nur als Vorhilfe im Hinblick auf die künftige finanzielle Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat gemächt habe, was die Schuldenlast der Kirche gewaltig vermehre. Ein Gesuch der Kadeberger Pastoralkonferenz betr.

Geläufte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 75

„Der Tag der Abrechnung!“ sagte er leise, während er die Treppe wieder hinunterstieg. „Ich werde dich rächen, unglückliche Schwester, ein Brandmal will ich ihm auf die Stirne drücken, an das er denken soll, so lange er lebt.“

Er verließ das Haus, der Regen hatte inzwischen aufgehört, in der jetzt wieder belebten Straße waren noch viele Wägen offen.

Ferdinand trat in den Laden eines Sattlers und kaufte eine kurze Reitgerte, die er in der Brusttasche seines Paletots barg, dann setzte er seinen Weg fort.

Das Ziel seiner Wanderung war ein glänzend erleuchtetes Kaffeehaus, das an der Hauptstraße lag und bis in die späte Nacht hinein nur von der besten Gesellschaft besucht wurde.

Hier ließ er sich an einem Tischchen nieder, von dem aus er den Eingang beobachten konnte; er forderte eine Tasse Kaffee, die er sofort degabte, aber nicht berührte.

Viele bekannte Personen gingen an ihm vorbei, er erwiderte ihre Grüße, aber sein finstres Gesicht hielt sie ab, bei ihm Platz zu nehmen.

„Nur einen redete er an, einen jungen Herrn, den die breite Schmarrne auf der Wange als seltsamen Studenten kennzeichnete; es war ein Studiengenosse von ihm und seit Jahren mit ihm befreundet.“

„Dort ist in einem Ehrenhandel auf dich rechnen?“ fragte er leise, nachdem der Freund sich niedergelassen hatte. „Gegen wen und aus welchem Grund?“ erwiderte der andere.

„Das das, ich bedinge mich indes strengste Verschwiegenheit aus.“

Der Freund las den Brief Doras, auch seine Stimm hatte sich jetzt finstere umwölkt.

„Deine Schwester?“ fragte er. „Wurde heute abend als Leiche mit dem Strome weggeholt.“

„Und wer ist —“

„Dort kommt er.“ riefte Ferdinand, auf den eben eintretenden Baron zeigend.

„Soll ich ihn fordern?“

„Ich bitte dich nur, mit feinem Schmiedem zu unterhandeln, die schärfsten Bedingungen, hörst du? Im Hotel „Zum goldenen Adler“ will ich dich erwarten.“

Ferdinand hatte sich bei den letzten Worten hastig erhoben, mit der Hand in der Brusttasche stand er vor dem Baron, der bestürzt zurückwich, als er in das von Blut und Haß verzerrte Gesicht blickte.

„Wissen Sie, wo meine Schwester gefunden wurde, Herr Baron?“ fragte er mit bebender Stimme. „Sie suchte den Tod in den Wellen — Sie haben sie hineingetrieben.“

Baron Paul war keines Wortes mächtig, er blickte ratlos sich um, ein Kreis hatte sich um die beiden gebildet. „Was soll das?“ fuhr er auf. „Nimm morgen ja mit —“

„Um noch einmal die Augen zu hören, mit denen Sie heute mich berühren wollten?“ rief Ferdinand. „Sie sind ein eheloser Schurke, zeigen Sie nun, daß Sie nicht auch ein Feigling sind!“

Die Heiligste hatte auf dem Gesicht Pauls einen dunkelroten Streifen hinterlassen, Ferdinand wandte ihm den Rücken, niemand dachte daran, ihn festzunehmen, ungehindert konnte er das Lokal verlassen.

Der Baron tobte, er schrie nach der Polizei, südtisches Gassen und Andrusse der Entrüstung waren die Antwort; man hatte augenblicklich die Situation begriffen und für den Ankünder Partei genommen.

Der Freund Ferdinands machte der unerschrockenen Syene ein Ende. „Ich bin als Freund Ihres Wegnes beauftragt, Ihnen die nötigen Erklärungen zu geben,“ sagte er, ihn fest anblickend. „Wollen Sie die Güte haben, mich zu begleiten? Ich glaube, wir sind draußen ungestörter.“

Der Baron sah ihn einige Sekunden lang starr an, dann nickte er zustimmend, und die beiden gingen hinaus.

14. Kapitel.

Doktor Rudolf Grollinger war nicht nur Beforscher des Missississipi, sondern auch geschickter angelegter Bezirksarzt, dem die Pflicht oblag, allen gerichtlichen Obduktionen beizugehen.

Am nächsten nach seinem furchtbaren Abend, am dem die

Leiche Doras gefunden worden war, hatte er sich eben zum Frühstück hingelegt, als ein Gerichtsbote ihm die schreckliche Mitteilung überbrachte, sich punkt zehn Uhr zu einer Obduktion im städtischen Leichenhause einzufinden.

„Na, das sollte mir gerade heute noch!“ sagte er verdrießlich, nachdem er die Aufforderung gelesen hatte. „Was gibt's denn wieder? Ist die Sache so eilig?“

„Scheint wohl, Herr Doktor,“ antwortete der Bote. „Auf dem Wege von Blausendorf hierher ist gestern ein Reiter mit seinem Pferde in den Steinbruch gestürzt und dabei tot geblieben. Die Polizei vermutet da wieder einmal ein Verbrechen, der Herr Untersuchungsrichter hat deshalb die Obduktion so eilig angelegt.“

„Na ja, ich werde ja kommen müssen,“ brummte der Doktor, „dafür werde ich bezahlt. Nur paßt es mir gerade heute nicht,“ wandte er sich an seine Frau, nachdem der Bote sich entfernt hatte, „ich werde dadurch verhindert werden, meinen Bruder zu besuchen, der mir wirklich ernste Sorgen macht. Wenn dieser furchtbare Schicksalsschlag ihn nur nicht um den Rest seines Verstandes bringt! Klar war er längst nicht mehr und gestern abend ließ er Verhörungen fallen, die mich erschrecken, aber ich durfte ihn nicht schroff entgegenreten, das Uebel wäre dadurch nur noch schlimmer geworden.“

„Wir wollen das Beste hoffen,“ erwiderte sie voll Teilnahme. „Es ist freilich ein entsetzlicher Schlag, Peter wird schwer daran zu tragen haben, indessen die Zeit lindert jeden Schmerz, heißt jede Wunde.“

„Den Stachel im schuldbewussten Gewissen kann sie nicht beseitigen,“ fuhr er fort, während er sein Frühstück verzehrte. „Peter wird dem Vorwurf, daß er von Schuld nicht frei sei, nicht Schweigen gebieten können. Er hätte seine Tochter besser beaufsichtigen müssen, diesen Verbrechen mit dem Baron nicht dulden dürfen.“

„Ist unsere Irma nicht in demselben Fall?“ unterbrach sie ihn mit leisem Vorwurf.

„So könnte es scheinen, aber es ist doch nicht so. Baron Kurt ist ein armer, unglücklicher Mann, der uns dank schuldet, und den wir genügend kennen, um von seiner Ehrenhaftigkeit überzeugt sein zu dürfen.“

die Erhebung von Umlagen von den Kirchenbeständen... Am Schluss der Sitzung wurde der Synode mitgeteilt, dass am Mittwoch, den 26. Oktober, 1 Uhr, in der Sophienkirche zu Dresden anlässlich des Abschlusses der 11. ordentlichen evangel.-luth. Landesynode ein Gottesdienst stattfinden, in welchem Bischofpräsident Dr. Klemm die Predigt halten werde.

Vertilgtes und Sächliches.

Miesla, den 24. Oktober 1922.
* Treibriemen diebstahl. — Keller einbreche. — Festnahme. In der Nacht zum 21. 10. 22 sind in einem Betriebe in Gröba mittels Einbruchs 3 Treibriemen, von denen einer neu, 7,25 m lang, 12 cm breit und 5 mm stark, der andere gebraucht, 14 m lang, 10 cm breit und 5 mm stark und der dritte 8 m lang, 10 oder 12 cm breit und 5 mm stark ist, gestohlen worden.

* Die Markenbrotverordnung. Aus Berlin wird gemeldet: Ueber die Durchführung der Verordnung zum Ausschluß der Bäckereimittel von der Markenbrotverordnung bestehen noch häufig im Publikum Zweifel.

* Die gegenwärtigen Stand des sächsischen Volksschulwesens beleuchtet die diesjährige Versammlung der Bezirksräte Sachsen, die im Ministerialgebäude in Dresden abgehalten wurde und welcher außer den Bezirksräten eine Anzahl sächsischer Lehrer beimohnten. Minister Fleißner betonte eingangs, daß trotz der wirtschaftlichen Not die Regierung alles tue, was zur Förderung der Volksschule nötig sei, und daß sie auch darin fortfahren werde, Forme, was wollte. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der Jahresberichte der Bezirksräte ein. In vielen Orten werden die Schulhäuser zu eng. Der Staat hat zwar die für Schulbauten bereitgestellten Mittel von 1 auf 5 Millionen Mark erhöht, die Hauptlasten für Neu- und Erweiterungsbauten müssen aber die Gemeinden tragen, was sie auch in der Lage sind, da sie das Schulbedarfsgehalt einhalten darf.

* Ein neuer sozialdemokratischer Landgerichtsdirktor in Leipzig. Die Leipziger Volkszeitung bringt in ihrer Nummer vom 21. Oktober 1922 folgende Meldung: „Dr. Häbler Landgerichtsdirktor. Genosse Rechtsanwalt Dr. Häbler wird mit dem 1. November Landgerichtsdirktor in Leipzig. Da bekanntlich der mit Genossen Dr. Häbler geschäftlich verbundene Rechtsanwalt Herr Amtsgerichtspräsident wird, hört damit eine Rechtsanwaltspraxis auf, die von vielen Leipziger Genossen häufig in Anspruch genommen wurde. Sowie und bekannt ist, wird in den Geschäftsräumen der beiden Genossen der Rechtsanwalt Genosse Dr. Graf seine Praxis weiterführen.“

* Die pädagogische Woche in Leipzig. Am Montag begann, meist hinsichtlich der Beteiligung einen Rekord auf; wohl mehr als 1000 Teilnehmer waren am Montag früh zur Eröffnung erschienen. Diese überaus starke Beteiligung ist ein Beweis für die große Ausbreitung des Gedanken der Arbeitsschule im In- und Auslande, denn nicht nur aus dem Reiche, sondern auch aus der Schweiz, aus Holland, aus der Tschechoslowakei, den nordischen Staaten und den östlichen Randstaaten sind zahlreiche Teilnehmer erschienen.

* Dresden. Vor den Leipziger Schnellzug 88, der gestern nachmittags 4 Uhr Abends bei Dresden passierte, warf sich auf freier Strecke der 20 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Kaiser in selbstmörderischer Absicht. Der Lokomotivführer versuchte, die Maschine noch zum Halten zu bringen, doch war es nur mäßig, die

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 4108 Mark.

stärkste Leiche zu bergen. Kaiser soll die Tat aus Lebensmüde vollbracht haben. Weil der Zug fast eine halbe Stunde Verspätung hatte, ging in Dresden das Gerücht um, es sei ein Eisenbahnunfall passiert.

* Niederfeld. Ein hiesiger steinleiser Baumeister hatte die Absicht, das marktschwundliche Deutschland mit dem goldenen Hand zu versetzen und träumte schon von riesigen Valutagewinnen, die er seinem dabei bleibenden Weibchen nebst erwachsener Tochter senden wollte. Doch die Sache kam ganz anders. In Halle schon machte der Dollarkreisende die Bekanntheit einer ebenfalls schönen, wie reichen und liebesbedürftigen Generaldirektorin. Anhalt nach Holland zu fahren, unternahm er mit der Dame, die er als Ehefrau ausgab, eine längere Reise durch Deutschland. Die Witwe hatte vorher ihren altsiedenden Hausstand aufgelöst und ihr Vermögen auf der Bank unter der Bedingung deponiert, daß kein der beiden ohne Wissen und Unterschrift des andern irgendwelche Summe erheben könne. Schließlich reisten die beiden nach Holland, und hier fand die formelle Trauung statt. Der Baumeister verschwand natürlich, daß er bereits verheiratet sei, fand aber trotzdem seiner Niederfeldiger Familie vom Gelde seiner zweiten Frau regelmäßig Unterhaltungen. Als das junge Ehepaar nach Deutschland zurückgekehrt war, verstand der galante Baumeister eines schönen Tages unter Mitnahme einer größeren Barzahlung und einer Anzahl mit Silbergegenständen gefüllter Koffer seiner zweiten Frau. Die letztere aber witterte Verrat, reiste dem Durchgebrannten nach, kam nach Niederfeld und erfuhr hier, daß ihr Baumeister bereits verheiratet sei. Nachdem den beiden Frauen kam es zu einer Scene, die aber harmlos verlief. Der ungetreue Ehemann aber verheiratete sich aus der Schlinge, in die er geraten war, dadurch zu befreien, daß er einen Gas Schlauch in den Mund steckte und sich so perfolierte. Die Sache mißlang aber, er wurde im Krankenhaus gesund gepflegt, dann verhaftet und wird sich nun vor dem Staatsanwalt wegen Betrugs und Doppelheirat zu verantworten haben. Für die zweite Frau hat das Abenteuer noch insofern üble Folgen, als sie gegenwärtig vollkommen mittellos dasteht, da ihr die Unterschrift ihres Mannes zur Abhebung ihrer Bankguthaben fehlt. Ueberdies ist sie noch in Schulhaft genommen worden wegen Führung eines falschen Namens, denn sie hatte sich bereits vor ihrer Verheiratung als Frau des Baumeisters bezeichnet.

* Uirna. Uirna hat „Landhunger“. Nachdem erst am 1. Oktober die Eingemeindung des rechtselblichen Ortes „Voka“ perfekt geworden war, befindet sich jetzt die Eingemeindung des an die Uirnaer Gemarkung direkt anschließenden Ortes Niederboogelana in der Vorbereitung. Sie soll, nachdem die gesprochenen Verhandlungen einen guten Verlauf genommen haben, zu Neujahr zum Vollzug kommen. Uirna Weidbild behält sich also immer weiter aus.

* Freiberg. Das hiesige Schwurgericht verhandelte gegen den Kaufmann Karl Wilm Becker aus Freital, den Handlungsgehilfen Johann Georg Steiner, den Schweinefleischhändler Edgar Bär und den Fabrikarbeiter Alfred Max Schubert aus Dresden, sowie gegen Selma Marie Verhehl-Schubert verm. geb. Bachmann geb. Wölger in Weiskuhle. Becker und Steiner erscheinen hinsichtlich der Verurteilung am 7. April 1923 auf Freital oder auf Freital benachbarter für bei einem schweren räuberischen Diebstahl im Rassenraum des Staatlichen Steinkohlenbergwerks Janderode gemeinschaftlich mit dem Kreisleiter Kirchner aus Dresden dem kaufmännischen Sekretär Rade mindestens 4000 Mark Papiergeld weggenommen zu haben und gegen die Verurteilung von Becker und Steiner mit Gefahr für deren Leben angewendet zu haben, um sich den Besitz des gestohlenen Geldes zu erhalten. Becker, Steiner, Bär und Schubert werden weiterhin bestraft, in der Nacht zum 2. Juni 1922 den bekannten Kautraub bei Wendisch-Farsdorf an dem Kraftwagenführer Treutler aus Dresden begangen zu haben. Das Auto hatte einen Wert von etwa 1 Million Mark. Becker und Steiner sind ferner angeklagt, in der Woche vom 14. Juli 1922 in Freital dem Arzte Dr. Seyffarth ein Motorrad im Werte von ungefähr 1000 Mark gestohlen zu haben. Diese beiden Angeklagten sollen auch in der Woche vom 23. Juli 1922 in Dresden den Wir Schramm der bekannten Beerenweinschenke im Stadtteil Niederboogel zur Herausgabe des Geldbetrags, zur Aufkündigung seines Geldbetrags und zur Öffnung von Geldschranktüren genötigt und ihm unter Verletzung seines Lebens Schmuckstücke und Geldbeträge in Höhe von 5000 Mark geraubt haben. Bär ist der Mithilfe angeklagt, ebenso Schubert. Da die Angeklagten eine andere Darstellung der Verbrechen geben oder sie überhaupt bekreiten, macht sich eine umfangreiche Zeugenvernehmung nötig. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurden verurteilt: Becker zu 10 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrenrechtsverlust; Steiner zu 7 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust; Bär zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und Schubert zu 8 Monaten Gefängnis. Außer Becker wurde sämtlichen Beurteilten die Untersuchungshaft teilweise angedroht. Der Haftbefehl gegen Schubert wurde aufgehoben und dessen Ehefrau Marie Schubert freigesprochen. Becker und Steiner erklärten, sich dem Urteile nicht unterwerfen zu wollen. — Der an dem schweren räuberischen Diebstahl im Rassenraum des Staatlichen Steinkohlenbergwerks Janderode am 7. April 1922 mitbeteiligte Kreisleiter Kirchner aus Dresden hatte sich, wie damals gemeldet, bei der an diese verbrecherische Handlung sich anschließenden Verfolgung erschossen.

* Grimma. Grimma ist Ueberschuhbesitzer, aber trotzdem ist es einem großen Teile der Bevölkerung noch nicht möglich gewesen, die notwendigen Kartoffeln zu bekommen. Der Bezirksauswärtiger Amtshauptmannschaft richtet deshalb einen dringlichen Ruf an die Landwirte des Bezirks, in dem es heißt: „Das Ergebnis der Rundfrage des Landwesens unter seinen Mitgliedern und das zögernde Verhalten solcher Landwirte, die Lieferung daraufhin versprochen haben, zwingt zu der Annahme, daß bei einem Teile der Landwirtschaft für die Notlage der Bevölkerung nicht genügend Verständnis vorhanden ist. Die Unruhe in der Bevölkerung wächst von Tag zu Tag. Vielfach neigt man schon dem Glauben zu, daß in Erwartung höherer Gewinne mit den Lieferungen zurückgehalten wird. Der Bezirksauswärtiger fordert daher in letzter Stunde die Landwirtschaft auf, ihre Pflicht der Bevölkerung gegenüber mit der durch die Verhältnisse gebotenen Eile zu erfüllen. In Anbetracht der drohenden Gefahr für Ruhe und Sicherheit des Bezirks wird der Bezirksauswärtiger nicht davor zurückschrecken, diejenigen Gemeinden und Landwirte bekannt zu geben, die sich beharrlich weigern, die Bevölkerung des Bezirks mit Kartoffeln zu beliefern.“

* Leipzig. Polizeimajor Weidert, der 22 Jahre lang im Dienste des Polizeiamtes der Stadt Leipzig gestanden hat, ist unter dem 1. Oktober 1922 nach Weifen als Leiter der dortigen Landespolizeischule versetzt worden. — In selbstmörderischer Absicht warf sich ein 40 Jahre alter Kaufmann aus Leipzig Montag vormittag auf dem Bahnsteig 15 vor den um 11 Uhr 30 Minuten von Berlin einlaufenden Schnellzug. Der Unglückliche war auf der Stelle tot. Er wurde vollständig ermalm.

* Leipzig. Am 20. d. M. sind aus einer Rauchwarenhandlung im Brühl 47 ausgeraubte Nutzfelle und 121 Hundsfelle durch Einbruch gestohlen worden. Die Täter, drei unbekannt Männer, zwei im Alter von 25 bis 27 Jahren, und einer 45 bis 50 Jahre alt, haben zur

Ausführung der Tat die Mittagszeit benutzte, während das Geschäft nur eine Stunde geschlossen war.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 24. Oktober 1922.

Erfassung der Lebensmittel.

* Berlin. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat an den Reichstag folgende Entschließung eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, in Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Welt zum völligen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die Anzahl der Ablieferungen weit hinter den tatsächlichen Anforderungen zurückbleibt und die Einführung von Getreide bei einem Zolltarif von fast 4000 M. völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften und das erfordert restlose Erfassung der im Inlande vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, Verarbeiter und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahmen ruft die Gefahr der Verfallung an das Vieh oder die Verarbeitungen zu Spirituosen hervor. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zwecks Sicherung der Volksernährung die völlige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Die Verteuerung des Brotes.

* Berlin. Die sächsische Ernährungsdeputation hat gestern beschlossen, dem Magistrat vorzuschlagen, den Preis des Marktbrotts von 1900 r vom 30. Oktober ab auf 98,50 Mark festzusetzen. Dies bedeutet eine Verteuerung um rund 12 Prozent. Das marktsfreie Brot soll vom 30. Oktober ab 300 Mark kosten.

Die deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz.

* Berlin. Unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberstein und des französischen Senators Charpentier begann gestern in Berlin die deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz, an der u. a. Delegierte der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich, Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, Mitglieder des deutschen Verbandes der sozialen Baubetriebe und der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale, Revolver, teilnehmen. Von der deutschen Delegation wurde darauf hingewiesen, daß die Reparationskommission die Lieferung von Kohlen an Frankreich von 1600000 Tonnen auf 1954000 Tonnen zu erhöhen beantragt hat. Wenn diese Forderung wirklich aufrechterhalten werden sollte, so würden, wie die deutsche Delegation betonte, damit alle Lieferungen und Sachleistungen für die zerstörten Gebiete wie alle bisher abgeschlossenen Verträge hinfällig werden, da es ganz ausgeschlossen sei, daß von den deutschen Bergarbeitern höhere Leistungen als die bereits gefahrenen Ueberschichten verlangt werden können. Die französische Delegation schloß sich diesen Ausführungen an und gab die Erklärung ab, daß sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris der französischen Regierung die Tragweite der Kohlenfrage klar machen werde. Die Beratungen der Konferenz werden heute fortgesetzt.

Gegen die Verflächung Oesterreichs.

* Berlin. Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter aller Länder gegen die Verflächung Oesterreichs durch den Wiener Anrechnungsvertrag. Der Aufruf richtet sich gegen den Protektorat der kapitalistischen Großmächte ähnlich dem in Marokko und Mesopotamien. Die Beseitigung der finanziellen Kontrolle in Oesterreich durch das Parlament bedeute die Abschaffung der Demokratie. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain auf dem Gebiete der auswärtigen Politik verankert worden sei, solle jetzt auch in der inneren Politik verankert werden. Das Exekutivkomitee fordert alle angeschlossenen Parteien auf, in ihren Parlamenten dagegen zu protestieren, daß ein Volk, das durch die Friedensverträge in seinen Lebensmöglichkeiten beschränkt ist, in Sklaverei geführt werden soll.

Der Mannheimer Attentats-Prozess.

* Mannheim. In dem Prozess wegen des Bombenattentats auf die Mannheimer Börse befaßten die Geschworenen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen beim, auf Verhülle zu diesem Vergehen. Sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, wurden verneint. Das Urteil lautete gegen den Nationalsozialisten Janßen auf neun Monate, gegen Schumm auf sechs Monate und gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Gegen den Angeklagten Maurice soll in der nächsten Schwurgerichtsperiode erneut verhandelt werden.

Die französisch-russischen Beziehungen.

* Lyon. Perriot hielt vor dem Ausschuss der Völker eine Rede über seine Reise nach Rußland, in der er sagte, es sei dringend notwendig, daß die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder aufgenommen würden. Am besten würde es sein, wenn die Moskauer Regierung zu den Besprechungen über die Konferenz wegen der Freiheit Konstantinopels und der Meerengen zugelassen würde und wenn in Moskau eine französische, in Paris eine russische Handelsdelegation errichtet würde.

Ein französisches Unterseeboot vermisst.

* Cherbourg. Das Unterseeboot „Roland Morisot“, das nach dem Orient entsandt war, ist an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Torpedoboote sind auf der Suche nach ihm. Es handelt sich um ein früheres deutsches Unterseeboot, das im Jahre 1918 in den Torpedoschuppen des Hafens von Le Havre erbeutet wurde.

Barthons Rede in der Reparationskommission.

* Paris. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Reparationskommission hat Barthou, wie der „Petit Parisien“ berichtet, seine Einwendungen gegen die Rede Bradburns zu Ende geführt, worauf der italienische und der belgische Delegierte ihre Meinungen über die beiden Vorschläge ausgedrückt hätten. Die Reparationskommission wird heute nachmittags 4 Uhr wiederum eine offizielle Sitzung abhalten.

Vermischtes.

* Folgenschwere Mauererfehrt in Tanger. Infolge eines wolkenschwülen Regens führte in einer Schule in Tanger eine Mauer ein und begrub viele junge Arbeiter unter sich. Bis jetzt wurden fünf Leichen von Eingeborenen geborgen. Die Zahl der Toten soll sich auf 12 belaufen.

* Vierzehn Personen bei einem Brande umgekommen. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York sind am Sonntag bei einem Brande in einem Hause an der Ecke der Irving Avenue und der 110. Straße 14 Personen umgekommen und 20 verletzt worden.

Sport.

* Zielvereinigungs 1. Mannschaft hatte die Spielstärke 1. Elf des Dortmunder Fußballclubs in Gasse, und konnte das Spiel mit einem Unentschieden 2:2 durchhalten. Spielvereinigung spielte größtenteils überlegen und hatte den Sieg verdient. Jugendausschuss: Die 1. Jugendelf stand gegen 1. Jugendmannschaft des V. S. W. im Verbandsspiel gegenüber und konnte mit 10 Mann ein 1:1 Resultat herausholen. Spielvereinigung, ohne den bekannten Mittelhäcker Wolf, der infolge eines Unglücks gefordert ist, hatte das Spiel in der letzten Halbzeit fest in der Hand und verdiente manche trefflichere Torerfolge. Das Knaben-spiel gegen Niderau mußte ausfallen, da der Gegner nicht antrat.

Wirtschaftliches.

Die gestrige Berliner Börse brachte allgemein eine Ueberrückung. Die ersten Kurse zeigten nicht die Festigkeit, die nach dem freien Verkehr am Sonnabend erwartet wurde. Teilweise gab es getrennte bedeutende Kursrückgänge, besonders für Valutawerte, da die Devisenkurse wieder eine rückläufige Tendenz zeigen. So wurden nordöstlich Dollars mit 4275, englische Pfunde mit 19000 und Auszahlung Holland mit 167300 genannt. In der Börse gingen anlässlich Dollars mit ca. 4000-4050 um. Es kam gestern etwas mehr Material heraus, als an den letzten Tagen der vergangenen Woche, da die Meldung bekannt wurde, daß eine Stundung der Ausgleichszahlungen bis 1923 bewilligt werden würde. Das Geschäft am Devisenmarkt war trotzdem nur sehr klein, jede größere Order hatte schon eine verhältnismäßig große Kursveränderung zur Folge.

Die Goldpreise dicht an den Weltmarktpreisen. Der sachmännliche Mitarbeiter des „B. Z.“ schreibt: Die Schnittholzpreise sind seit Mitte Oktober weiter gestiegen. Sie haben nunmehr das etwa Sechshundertfache des Goldmarktpreises im Jahre 1914 vor Kriegsbeginn erreicht. Von einer Ueberforderung der Weltmarktpreise ist man am Devisenmarkt nicht mehr weit entfernt. Die Kaufkraft des Rohstoffhandels ist groß. Im Holzverbrauch scheint sie infolge der bestehenden Geldnot zwar noch nicht erlahmt, jedoch vermindert zu sein. Rohstoffe sind sehr knapp. Die Nachfrage von Schnittholz steigt. Die Einfuhr von ausländischen Sägen ist schwierig, in vielen Fällen unmöglich geworden.

Die Preissteigerungen für Zigarren und Zigaretten. In einem Artikel des „Berl. Tagebl.“, betitelt „Der Rückgang im Zigarettenkonsum“, heißt es: Das Steigen des Dollars kündigt dem deutschen Raucher neue, gewaltige Preissteigerungen an. Zu Weihnachten wird die billigste Zigarre wohl 50 bis 60 Mark kosten. Das ist wenigstens die Ansicht in Großhandelskreisen. Schon in den nächsten Wochen wird eine einigermaßen gute Zigarre wahrscheinlich kaum mehr unter 40 Mark zu haben sein. Das bezieht sich auf Sorten, die man heute noch in Berlin für 12 bis 15 Mark kaufen kann. Der Grund, warum diese Marken, deren Herstellungspreis heute schon viel höher ist, noch zu einem verhältnismäßig billigen Preis angeboten werden, liegt in dem Vorhandensein größerer, noch alter Bestände. Auf dem Zigarettenmarkt gestalten sich die Verhältnisse ganz ähnlich. Heute schon kostet in der Herstellung die billigste Zigarette 10 Mark. Die gleiche Sorte wird heute noch von den großen Geschäften mit 4 bis 5 Mark verkauft. Auf den großen Lägern, die in normalen Zeiten 10 Millionen Stück und mehr umfassen, liegen immer noch Bestände, die einen billigen Verkaufspreis gestatten. Regulierend wirkt hier allerdings die Vandalensteuer, an die der Verkäufer natürlich gebunden ist. Das wird bei den heutigen sprunghaften Preissteigerungen aller Umkosten von vielen Seiten als Unrecht empfunden. In den letzten Tagen sind nun für Zigaretten von den ferteltesten Fabriken neue Preise ausgegeben worden, die so gehalten sind, daß der

Stille Preis 10 Mark beträgt. Diese Preise gelten für alle vom 20. Oktober ab von den Fabriken bezogene Ware. Die noch vorhandenen Bestände älterer Lieferungen müssen natürlich zu den bisherigen Preisen verkauft werden.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 21. Oktober 1922: Weizen 8200-8500, Roggen 7500 bis 8000, Hafer 7500, S.-Gerste 8000-8500, Mais 9000, Maischrot 9500, Kleie 5000, R.- und W.-Stroh, sowie Haferstroh kein Angebot, Heu 1400-1500. Die Preise vertieften sich für den Resten in Mengen unter 5000 Kilo.

Drehtur Schlachtviehmarkt vom 23. Oktober. Auftrieb: 1. Rinder: 279 Ochsen, 178 Bullen, 888 Kalben und Rabe; 2. 378 Kälber; 3. 247 Schafe; 4. 800 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 12500 bis 13500, D. 236,50, 2. junge fleischige, nicht ausgewählte, ältere ausgewählte 10000 bis 11000, D. 202, 3. mäßig genährte Junge, gut genährte ältere 8400 bis 8800, D. 191,50, 4. gering genährte jeden Alters 5000 bis 7000, D. 150, 5. Halbfleischer Weibschaf 16000 bis 17000, D. 275, Bullen: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes 12000 bis 12800, D. 214, 2. vollfleischige Jüngere und gut genährte ältere 8500 bis 9000, D. 188,25, 3. mäßig genährte 8000 bis 7000, D. 144,50, Kalben und Rabe: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwertes 12500 bis 13500, D. 236,50, 2. vollfleischige, ausgewählte Rabe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 11000 bis 12000, D. 225, 3. ältere ausgewählte Rabe und gut entwickelte Jüngere Rabe und Kalben 8800 bis 9000, D. 202, 4. gut genährte Rabe und mäßig genährte Kalben 7200 bis 8200, D. 192,50, 5. mäßig und gering genährte Rabe und gering genährte Kalben 4500 bis 6000, D. 154,50, Kälber: 1. Doppelpeder-, 2. beste Mast- und Saugkälber 13800 bis 14200, D. 226, 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 12000 bis 13000, D. 208,50, 4. geringe Kälber 10000 bis 11500, D. 195, Schafe: 1. Mastlamm und Jüngere Mastlamm 12000 bis 13000, D. 250, 2. ältere Mastlamm 10000 bis 11000, D. 233,50, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 8000 bis 9000, D. 197,50, 4. Halbfleischer Weibschaf 15000 bis 17000, D. 291, Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 32500 bis 33500, D. 423, 2. Fettfleischige 34500 bis 35500, D. 437,50, 3. fleischige 25500 bis 28000, D. 356,75, 4. gering entwickelte 19000 bis 23000, D. 300, 5. Sauen und Eber 21000 bis 30000, D. 340, D. = Durchschnittspreis pro Pfund. Ausnahmepreise über Notia. Die Preise sind Marktpreise für mittleres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab (Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umfahrter, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, ersehen sich also wesentlich über die Stallpreise. Tendenz des Marktes:

Rinder gingen langsam, Kalber und Schafe gut, Schweine schlecht.

Wirtschaftliche Notierungen der Berliner Warenbörse vom 23. Oktober. Weizen, märkischer 9400-9600-9200, mütter; Roggen, märkischer 9000-8800, mütter; Gerste (Wintergerste) 9000, (Sommergerste) 8800, rubig; Hafer, märkischer und silesischer 8300-9100, mütter; Mais (ohne Brovemeinangabe) lots Berlin 9700-9400, Kau; Weizenmehl 24500-26500, mütter; Roggenmehl 23500-24000, mütter; Weizenkleie 4500-4800, behauptet; Haferkleie 4500-4800, behauptet; Raps 10000-12000, fest; Viktoriaerbsen 13000-12750; kleine Speiserbsen 12500-12000; blaue Lupinen 5000-5500; gelbe Lupinen 6000-7000; Rapsschoten 8000-8500; Trockenrüben, prompt 4600 bis 4700; Zorfmelasse 8100-8200.

181. Landeslotterie.

5. Klasse, 17. Zug, 23. Oktober. (Ohne Gewähr.)

80000: 100383	30000: 119205
10000: 31564 61856	5000: 9443 9915 25868 56188 63916
3000: 2655 4613 8313 8613 12733 13340 22836 27624 29462	31509 39081 39894 42451 43813 45727 51232 51452 51740 57586
66293 67647 69030 71889 83804 87644 89151 97960 100990 103089	104353 107482 108204 110624 112379 113290 126284 128629 129318
129994	2000: 1384 1492 5534 6145 7657 8020 11660 12223 12450
12769 14167 15698 18908 19261 23552 24178 24227 25029 30346	30648 33300 34225 38194 38035 38688 40628 41430 42803 44902
47916 51955 51969 52082 52499 52562 52589 53208 54850 55412	55482 58364 58943 55165 59604 60908 62753 62947 63808 66233
66530 70806 71205 71933 72658 75321 76731 76905 77561 78122	79386 79757 84178 84898 85393 93089 93827 95195 95479 97726
102240 102869 106368 107443 109904 116090 116288 117640 118738	118800 120683 120691 121936 122446 126482 127972 128719 128897
129386 129734	1200: 1639 4058 5500 6787 6988 7306 8450 9104 9112 9208
9380 9747 9809 10187 11155 12166 12607 12962 13572 13635	13644 14675 14772 14886 16077 17014 18305 18896 19309 19558
19806 20581 20738 21354 22116 22635 24375 26536 26827 27631	27160 28242 28648 28697 28868 29199 29223 30623 31677 32766
33015 33351 35401 36894 38078 38368 38858 39002 39572 40603	41044 41212 42253 46655 47091 47911 48253 50247 50258 52980
53980 54857 55176 55954 56172 56444 56448 56992 57922 58-65	58764 59336 60492 60316 60807 60853 61300 62596 64676 66018
66706 67351 69403 70067 70477 70926 70727 71601 71871 72180	72935 73433 73451 73719 74419 74570 74974 75537 76261 76449
77591 78068 79027 80488 81287 81544 82761 83735 84003 84097	85625 87969 89036 89548 90120 90920 91063 92440 92510 94132
96353 97217 98130 98999 99226 99857 100204 100394 101075	101361 101655 101844 102552 102780 102947 103063 103867 104703
105017 105123 106833 107008 107017 107346 107585 108652 110029	111341 112091 113197 113039 113364 113304 113442 114297 114671
114755 116392 116613 116785 121306 121381 121956 122449 123392	123204 126511 127377 128468 128630 129113 129441 129465

Wahlerversammlung

Donnerstag, 26. 10., 8 Uhr nachm.
im Waldschlößchen Röderau.
Professor Dr. Gramow-Berlin spricht über
Die Bedeutung d. Landtagswahlen.
Bei zahlreichem Besuch ladet ein
Deutschnat. Volkspartei, Ortsgr. Riesa u. Umg.

Gesucht perfekte Stenotypistin

von hiesiger Bank. Bewerb. erb. m. Unterlagen u. Lichtbild unter L L 9588 an das Tageblatt Riesa.

Geldsache nach Bahnhofsverl. Bitte Protom. zurückgeben Fr. Aug.-Str. 6, 2.

Jungfer Herr sucht möbl. Zimmer. Angebote unter L O 9589 an das Tageblatt Riesa.

Möbliertes Zimmer per sofort von Beamten gesucht. Angebote unter L P 9590 an Tabl. Riesa.

Wohnungstausch. Viele 3 Zimmerwohnung mit Bad, Nähe Friedhof. Suche 3-4 Zimmerwohnung, Nähe Wilhelmplatz. Angebote unter L R 9592 an das Tageblatt Riesa.

Eine Frau zur **Aufwartung** für 2-3 Stunden vorm. gesucht Goethestr. 71, v. Tüchtiges, lauberes

Hausmädchen sofort gesucht. Promenaden-Café Riesa.

zum sofortigen Eintritt **1 Schirmermeister**

1 Pferdeknecht zur Landwirtschaft gesucht. Otto Paul, Röderau.

Sohn achtbarer Eltern welcher Eltern die Schule verläßt u. Lust hat Wäcker zu werden, findet gute Lehrstelle bei W. Troffe, Göhlitz.

Ein guterh. Ulster zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa.

1 geb. Nähmaschine **1 geb. Westito** zu kaufen gesucht. Offerten unter L Q 9591 an das Tageblatt Riesa.

Eine Kuh steht zum Verkauf. Zu erfragen im Tagebl. Riesa.

Kammermusikabend Eblterrasse

Freitag, 27. Oktober, 8 Uhr
Frl. Käthe Mohn (Klavier) — Herr Prof. Rud. Bärtich (Violine), 1. Konzertmeister an der Staatsoper Dresden — Herr Max Münzner (Cello), Mitglied des Philharm. Orchesters Dresden. — Karten im Vorverkauf bei Joh. Ziller, Buchhandlung.

Von der Reise zurück Dr. Mouth, Hautarzt

Dresden-N., Hauptstr. 20.
Sprechzeit 10-7.

Garantiert

frei von Bleich- und Sauerstoff-Salzen ist
Seifenpulver Schneekönig.

Brikett-Ausgabe

nur für Landbesitzer
Mittwoch, 25. 10., je 5 Str. (à 315.-). Ausgabe 8-12 Uhr vorm., 2-6 Uhr nachm.
G. A. Schulze.

Albert Reichelt Milla Reichelt

geb. Kretzschmar
Vermählte
Röderau, 23. Oktober 1922.

Emmy Kretzschmar Herbert Zeibig

Verlobte
Röderau, 23. Oktober 1922.

Paul Richard Wolf

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und innigen Anteilnahme bei dem frühen Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders
sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus.
Ganz besonderen Dank der lieben Jugend und dem Turnverein zu Boberßen, der Spielvereinigung Riesa-Gröba, seinen Arbeitskollegen, dem Vorstand der Zentrale, der Direktion der Linke-Hofmann-Waachhammer-Werke und allen Freunden und Bekannten für den herrlichen Blumenschmuck und das ehrenvolle Geleite zur letzten Ruhestätte, sowie dem Geistlichen und Sängerkor für Trost in Wort und Lied.
Boberßen, am 22. Oktober 1922.
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Bereitschaftsmitteilungen

Freitag, 26. Oktober, 8 Uhr
Deutscher Beamtenbund, Ortsgr. Riesa, Do. 26. 10., 8 U. Eblt. Hauptausführung. Wahl d. 1. Vorl.

Die Versammlungen

am 27. Oktober in Zeitheim und am 28. Oktober in Röderau
müssen umstände halber
Deutsch demokratische Partei.

Denkmalweihe in Gröba.

Sonntag, den 29. d. M.:
9 Uhr vormittag Gedächtnisgottesdienst
1/2 Uhr nachmittag Stellen am Georgplatz zur Weihe.
Montag, den 30. d. M.:
7 Uhr abends Familienabend. Streichorchester, Ansprachen, Sittberühmung, gesungene und tanzende Aufführungen.
Hierzu ladet alle Angehörigen der Gefallenen und Freunde der Sache herzlich ein
Ausschuss für Kriegerehrung Gröba.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns bei dem schmerzlichen Verlust unserer lieben unvergehl. Tochter, Schwester und Braut

Martha Wawrzyniec

durch trostreiche Worte am Grabe, sowie durch Schrift, Wort und Blumenschmuck entgegengebracht worden sind, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Besonderen Dank der Firma G. D. Hofmann für die reiche Spende und die letzten Ehrungen, desgleichen auch deren Arbeiterinnen und Arbeiterinnen.
Gröba, 24. Oktober 1922.

Die trauernde Familie Albert Wawrzyniec

nebt allen Hinterbliebenen
Paul Wolf.
Die aber, liebe Martha, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in Dein allzufrühes Grab nach.

Infolge Unglücksfall verschied am Sonntag unser Mitglied

Herr Georg Pankratz.

Wir verlieren in ihm einen eifrigen Förderer unserer guten Sache, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Riesa, am 24. Oktober 1922.
Rieser Sport-Verein.

Beg. Einleide. v. 50 M.

Leide ich Beschreibung von 100 wertf. Grundst. Güter, Gölz, Widen usw. Zentralnachsweis Riesa, Tobna (Sa.), Antonstr. 5.

Kopfungeliefer mit



erhält bei Reichs-Abth. Suao Canabal, Schulstr. 1

Johannisbeerfrüchtchen

verkauft
Weinfelerei Nünchritz.
Neue und wenig gepickelte

Pianos

u. Flügel billig zu verk.
Richiers Musikhaus Riesa.

Rohhaar tauft

zum höchsten Tagespreis
Fa. Otto Strieglew
Riesa, Sandstr. 58.

Gauschlächter

empfehlen sich Bruno Gen,
Wobitz Nr. 7.

Morgen frische Seefische

Clemens Bäcker.
Morgen
Mittwoch,
den 24. 10.,
abds. 8 Uhr
Eblterrasse
Versamm-
lung aller
Krankenkassenmitglieder
Kollege Rötzig. Dresden
abdt. Aufklärungen. Zahl-
reiches Erscheinen erwartet
der Vorstand.

Georg Pankratz.

Dies zeigen tiefbetrübt an
die trauernden
Hinterbliebenen.
Riesa, Eblterrasse 6.
Die Beerdigung erfolgt
Mittwoch 2 Uhr in Riesa
von der Halle aus.
Die heutige Nr. umfasst
4 Seiten